

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

**Ettlinger Zeitung. 1949-1973  
1952**

136 (14.6.1952)

# ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann  
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Albau

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Milli- meterzeile 20 Pf. — (Preisliste Nr. 4.) (Tel. aufgeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

4. 53. Jahrgang

Samstag, den 14. Juni 1952

9r. 136

## Einigung in der Schwimmdock-Frage?

**Bonn** (UP). Bundeskanzler Adenauer empfing im Bonner Bundeskanzleramt den britischen Hochkommissar Sir Ivone Kirkpatrick, der am kommenden Montag einen längeren Urlaub antreten wird. U. a. erörterte der Kanzler und der Hochkommissar das Schicksal der 16 von den Engländern beschlagnahmten Schwimmdocks. Wie verlautet, wurde beschlossen, die Dockfrage an Sachverständige zu überweisen. Daraus wird in Bonn geschlossen, daß sich die beiden Gesprächspartner grundsätzlich über das Problem geeinigt haben. Einzelheiten wurden jedoch nicht bekannt. Der Bundeskanzler soll, so wird berichtet, dem britischen Hochkommissar angeboten haben, die 7 ehemaligen reichseigenen Schwimmdocks durch die Bundesregierung zurückzukaufen. Dafür soll jedoch die britische Regierung die Beschlagnahme der übrigen neun privaten Schwimmdocks aufheben.

Die Docks wären nach dem Kriege von den britischen Behörden als Reparationen beschlagnahmt worden und werden nun zum Rückkauf angeboten. Von deutscher Seite wurde bisher der Kauf mit dem Hinweis abgelehnt, daß zumindest die Beschlagnahme der nicht reichseigenen Docks unrechtmäßig sei.

## KP-Verbot

### in Frankreich unzweckmäßig

**Paris** (UP). Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, Jacques Duclos, ist vom Untersuchungsrichter verhaftet worden. Er wurde unter Beschuldigung besonderer Vorsichtsmaßnahmen aus dem Pariser Santé-Gefängnis in den Justizpalast gebracht, da man kommunistische Demonstrationen befürchtete. Duclos hat bei der Vernehmung schwere Anklagen gegen die Regierung erhoben und seine Verhaftung als ungesetzlich bezeichnet.

In Regierungskreisen wird in diesem Zusammenhang die Frage erwogen, ob es zweckmäßig und durchführbar wäre, die Kommunistische Partei zu verbieten oder ihre Tätigkeit in stärkerem Maß zu unterbinden. Dabei spielen folgende Überlegungen eine Rolle: 1. Viele nichtkommunistische Abgeordnete würden es ablehnen, für ein Gesetz zu stimmen, das eine Partei auflöst. 2. In Kreisen der Regierung ist man der Meinung, daß ein Parteiverbot praktisch gar nicht durchführbar sei. Die Kommunistische Partei würde in diesem Fall eine umfassende Untergrundarbeit entwickeln und sich verschiedener Tarnorganisationen bedienen, um ihre zersetzende Tätigkeit unter anderem Namen fortzuführen. Außerdem sei es schwierig, eine Partei zu beobachten, die im Dunkel der Untergrundarbeit tätig ist.

Die französische Polizei hat bei einem Kommunisten in Südostfrankreich ein Waffenlager entdeckt, das aus zwei Maschinenpistolen, zwei Karabinern, vier Revolvern, der dazugehörigen Munition, Handgranaten und Sprengstoff bestand. In der Gegend von Toulon, wo wieder zwei Verhaftungen vorgenommen wurden, ist die Suche nach Waffenlagern im Gange.

## Paris fordert bindende Garantien

**Paris** (E.B.). Der Rat der Republik stimmte einer Entschließung zu, in der gefordert wird, daß die mit den USA und Großbritannien vorbereiteten Verträge über die EVG-Garantie „über eine rein konsultative Verpflichtung hinausgehen müssen“. In der Entschließung wird die Möglichkeit der Berufung auf den Artikel 5 des Atlantikpaktes verlangt, der vorsieht, daß ein Angriff auf einen NATO-Staat als Angriff auf alle Vertragspartner des Atlantikpaktes anzusehen ist.

## Schwarzer Freitag der Seemannen

**London** (UP). Die seemannische Abriegelung gegen einen Freitag, den 13., hat sich wieder einmal als gerechtfertigt erwiesen. Im Abstand weniger Stunden ereigneten sich allein in Großbritannien zwei Zusammenstöße, in die jedes Mal ein Unterseeboot verwickelt war. Beide Vorfälle verliefen jedoch ohne Verluste an Menschenleben. Kurz nach Mitternacht kollidierte das Unterseeboot „Snechal“ unweit der Insel Wight mit der dänischen Fregatte „Thetis“, als das U-Boot aufsuchte. Das Unterseeboot „Sleuth“ rampte den vor Anker liegenden Zerstörer „Zephyr“.

Auf dem Ganges wurde eine Fähre durch einen Sturm zum Kentern gebracht, wobei 35 Personen, meist Frauen, ertranken. Bisher wurden 19 Leichen geborgen.

Ein zwischen Duran und Guayaquil (Ecuador) verkehrendes Fährschiff ist in der Nähe von Duran gesunken. Zehn Personen ertranken. Die Ursache des Unglücks konnte noch nicht geklärt werden.

Ein amerikanisches Bombenflugzeug vom Typ B-29 ist 125 Seemeilen westlich der Kwajalein-Inseln in den von Haien verschlungenen Pazifik gestürzt. Bis jetzt konnte ein Überlebender gerettet werden. Es wird befürchtet, daß die übrigen zehn Mann Besatzung ums Leben gekommen sind.

## Saarfrage, DGB und Verteidigungsvertrag

Heikles Programm des Bundestags - Verfassungsgericht kann Gutachten ablehnen

**Bonn** (UP). Im Rahmen einer umfangreichen Tagesordnung von 27 Punkten wird der Bundestag am kommenden Mittwoch über die Saarfrage, die DGB-Kampfmaßnahmen und die Voraussetzungen für die Beratungen des Verteidigungsvertrages debattieren.

Erster Punkt der Tagesordnung ist eine Anfrage der SPD, die auf ihre Aufforderung an die Bundesregierung Bezug nimmt, über alle internationalen Saarverhandlungen ein Weißbuch vorzulegen. Die Bundesregierung hatte dem Bundestag bereits schriftlich mitgeteilt, daß sie dazu im Augenblick nicht in der Lage sei.

Eine weitere SPD-Anfrage wirft dem Bundeskanzler vor, in seinem Brief an den ersten DGB-Vorsitzenden den gewerkschaftlichen Kampf um das Mitbestimmungsgesetz in zeitlichen Zusammenhang mit den kommunistischen Aktionen gegen den Generalvertrag gebracht zu haben.

Schließlich fordert die SPD die Vorlage der von der Bundesregierung eingeholten Rechtsgutachten über die Frage der Wehrverfassung. Die Bundestagsausschüsse für Verfassungsrecht und Auswärtige Angelegenheiten sollen mit der Prüfung der Frage betraut werden, ob der Bundestag dem Verteidigungsvertrag zustimmen kann, ohne daß die Verfassung geändert wird.

Der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe, Dr. Katz, erklärte zum Ersuchen des Bundespräsidenten um ein Gutachten über den Verteidigungsvertrag, ein solches Gutachten könne vom höchsten deutschen Gericht durchaus abgelehnt werden, weil es mehr oder weniger einen Eingriff in ein schwebendes Verfahren darstelle. Werde es vom Plenum, also von den 22 Richtern beider Senate gemeinsam erstattet, dann geschehe das ohne Rücksicht auf die laufende Klage der SPD.

„Es ist sehr unangenehm“, sagte Dr. Katz, „daß das Bundesverfassungsgericht diese Dinge machen muß. Es hängt jetzt von der ‚Weisheit‘ der 22 Richter ab, wie die Sache ausgeht.“ Wer weiß, ob diese Richter so weise sind“, meinte Katz.

Die CDU-CSU erklärte in ihrem Pressedienst, die Bundesregierung werde mit dem Bundespräsidenten übereinstimmen, wenn es mit seinem Ersuchen beim Bundesverfassungsgericht, ein Rechtsgutachten zum EVG-Vertrag zu erstatten, den unstrittigen Fragenkomplex aus dem parteipolitischen Tageskampf herauszunehmen beabsichtige und den Verhandlungen größere sachliche Voraussetzungen schaffen möchte, als es bei den Auseinandersetzungen der Parteien möglich sei.

wurde. Auch der Bundesregierung könne dies nur recht sein.

## Die Regierung drängt

Die Bundesregierung setzte sich erneut für eine schnelle Ratifizierung der deutsch-alliierten Verträge ein und betonte, auch der Zeitpunkt der deutschen Zustimmung zu dem Vertragssystem sei von entscheidender politischer Bedeutung.

Das amtliche „Bulletin“ der Bundesregierung berichtete, es sei der Wunsch der Regierung, daß die Ratifizierung der Verträge durch die gesetzgebenden Organe noch vor den Sommerferien erfolgt. Im Bundestag wird sich für diesen Wunsch nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge vermutlich keine Mehrheit finden, weil seine Verwirklichung mit einer Verschiebung der Sommerferien verbunden wäre.

Auch die Regierung meint, eine Ratifizierung der Verträge sei ohne eine Verschiebung der Sommerferien unmöglich. In außergewöhnlichen Fällen — und ein solcher liege hier vor — wäre ein derartiger Schritt aber notwendig. Der Ältestenrat des Bundestages beschloß, trotzdem einen Entscheid über den Termin der zweiten und dritten Lesung erst Anfang Juli zu treffen.

Das „Bulletin“ bemerkt, es hänge nicht nur alles davon ab, ob die Bundesrepublik die Verträge ratifiziere, sondern es sei nicht minder wichtig, wann diese Ratifizierung vorgenommen werde. Die Verteidigungsorganisation der Westens müsse ein anderes Aussehen erhalten, wenn die Bundesrepublik nicht ratifizieren sollte. Nur wenn Gewißheit über das Bestehen, was Deutschland tut, könnten viele der anderen Mitgliedsstaaten ihrerseits die notwendigen Schritte unternehmen.

## Kabinettsbeschlüsse

Das Bundeskabinett billigte ein Ratifizierungsgesetz über ein Auslieferungsabkommen mit Frankreich. Das Abkommen, das bereits im November 1951 unterzeichnet worden ist, hat keinen Einfluß auf die in Frankreich inhaftierten deutschen Kriegsgefangenen.

Ferner stimmte die Bundesregierung einem Gesetzentwurf über den Beitritt zur internationalen Konvention über die Rechtstellung von Flüchtlingen zu. Schließlich beschloß das Kabinett, daß auch diejenigen durch den Nationalsozialismus geschädigten Personen Wiedergutmachungsansprüche geltend machen können, die in einer Reihe von Ländern wohnen, mit denen die Bundesrepublik noch keine vollen diplomatischen Beziehungen unterhalte, so unter anderem in den USA, Großbritannien und Frankreich.

## DGB stellt Kampfmaßnahmen ein

Verhandlungen verliefen zufriedenstellend - Paritätischer Ausschuß gebildet

**Bonn** (UP). Die Verhandlungen zwischen Bundeskanzler Adenauer und dem 1. DGB-Vorsitzenden Fette wurden nach vierinhalbstündiger Dauer mit, wie beide Seiten erklärten, zufriedenstellendem Ergebnis abgeschlossen. Es wurde vereinbart, daß die Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften gegen den Gesetzentwurf zum Betriebsverfassungsgesetz sofort eingestellt werden.

In den Beratungen, die auf beiden Seiten mit größeren Delegationen geführt wurden, ist vereinbart worden, daß ein Sachverständigenausschuß mit je vier Vertretern des DGB und der Koalitionsparteien über die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Betriebsverfassungsgesetz verhandeln soll, und zwar noch bevor die Beratungen in den Fachausschüssen des Bundestages abgeschlossen werden. In einem Kommuniqué der Bundesregierung wird ausdrücklich festgestellt, daß der DGB-Bundesvorstand mit Rücksicht auf die Beratungen mit der Bundesregierung die Aktionen eingestellt hat. Aus dem Kommuniqué geht weiter hervor, daß die Bundesregierung die Sozialpartner ersucht, Vorschläge für die Einrichtung eines Bundeswirtschaftsrates alsbald einzureichen.

In den achtköpfigen Sachverständigenausschuß werden die Regierungsparteien folgende Abgeordnete entsenden: Anton Sabel (CDU), Gerhard Schröder (CDU), Hans Wellhausen (FDP) und Hans-Joachim Fricke (DP). Die Gewerkschaften haben die Vorstandsmitglieder Föcher, Hans vom Hoff und Bührig benannt. Ein vierter Vertreter wird noch nominiert.

An den Verhandlungen im Bundeskanzleramt nahmen neben den für die Ausschüsse benannten Vertretern noch die Staatssekretäre Dr. Lenz und Dr. Westrick, die Abgeordneten Dr. von Brentano (CDU), Dr. Schäfer (FDP), Johannes Albers (CDU), Bundesminister Kaiser und Ministerpräsident Arnold teil.

Der Vorsitzende des DGB, Christian Fette, äußerte nach Schluß der Verhandlungen: „Ich bin mit dem Ergebnis zufrieden“. Andere Gewerkschaftsvertreter, wie August Schmidt und Hans vom Hoff, unterstrichen diese Ansicht. Ministerpräsident Arnold von Nordrhein-Westfalen erklärte, es sei nunmehr eine Atmosphäre des Vertrauens hergestellt, und der Vorsitzende der CDU-CSU-Bundestagsfraktion,

Dr. Heinrich von Brentano, meinte, daß nunmehr die sachlichen Verhandlungen beginnen können.

## Vorstandssitzungen der CDU und SPD

**Bonn** (UP). Die Parteivorstände der CDU und der SPD hielten in Bonn Sitzungen ab, in denen die politische Lage erörtert wurde. An der Sitzung des CDU-Parteivorstandes nahm auch Bundeskanzler Adenauer für kurze Zeit teil. Wie bekannt wurde, soll sich die CDU unter anderem mit dem „Fall Krebs“ und den Angriffen der CDU-Abgeordneten Dr. Würmeling gegen die Deutsche Partei auf der letzten Bundestagsitzung beschäftigen.

Der SPD-Parteivorstand, der am Samstag gemeinsam mit dem Paritätischen Ausschuß tagen wird, beschäftigt sich im wesentlichen mit der Vorbereitung des SPD-Parteitag, der am 24. September in Dortmund eröffnet wird und den Wahlkampf der SPD einleiten soll.

## Kieler Regierung ohne FDP

**Kiel** (E.B.). Landesvorstand und Landesauschluß der FDP in Schleswig-Holstein haben einstimmig beschlossen, nicht in das Kabinett Lübke zurückzukehren. Ministerpräsident Lübke (CDU) hatte die FDP aufgefordert, einen neuen Wirtschaftsminister vorzuschlagen, nachdem Dr. Hermann Andersen (FDP) im Januar aus diesem Amt ausgeschieden war. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und FDP haben ihren Grund vor allem in der Siedlungs- und Agrar-Reform-Politik der Landesregierung. Auch ist die FDP mit der Kulturpolitik Lübkes nicht einverstanden.

Bundespräsident Heuss hat dem Papst zum Tode des Kardinal-Erzbischofs von München, Michael von Faulhaber, ein Beileidstelegramm übersandt. In Bayern wurde die Trauerbeflaggung aller staatlichen Gebäude angeordnet.

Bundesminister Hellwege wurde gemeinsam mit 16 anderen Delegierten der Weltkonferenz für moralische Aufrüstung den Mitgliedern des US-Senats vorgestellt.

## Querschnitt der Woche

Von Eduard Funk

Indes die Juristen und Parlamentarier aller Fraktionen sich um die derzeit vielleicht wichtigste Frage der Bundesrepublik streiten, ob die Bonner Konvention und der Pariser Verteidigungsbeitrag mit unserer Verfassung vereinbar sind oder nicht, hat der Bundespräsident in aller Stille gehandelt. Anfang dieser Woche sandte Professor Heuss an das Bundesverfassungsgericht den Auftrag, zu prüfen, ob die Ratifizierung der genannten Verträge eine Änderung oder Ergänzung des geltenden Grundgesetzes bedinge. Erstaunlicherweise löste dieser Schritt in Bonn allgemeine Überraschung aus, obwohl er eigentlich doch schon längst hätte erfolgen müssen, denn in Wirklichkeit holte Professor Heuss nur ein Versäumnis des Bundeskanzlers nach.

Dr. Adenauer, der Unumstößlichkeit seiner eigenen Argumente allzu sehr bewußt, hat sich bisher stets auf den Standpunkt gestellt, eine solche Prüfung der Rechtlage sei völlig überflüssig. Noch am Mittwoch machte er den Versuch, die Ministerpräsidenten und Justizminister der Länder davon zu überzeugen, daß weder der Bonner noch der Pariser Vertrag — abgesehen von den finanz- und steuerrechtlichen Paragrafen — ihrer Zustimmung bedürften, weil die Außenpolitik alleiniges Reservat des Bundes sei. In gewissem Umfang mag diese Auslegung der Tatbestände auch berechtigt sein, aber es darf doch wohl nicht übersehen werden, daß manche Länderregierungen, sofern sie gegen die Bonner Koalition opponieren wollen, durchaus die Möglichkeit haben, dank des Gewichtes ihrer Stimmen Privilegien zu fordern, die ihnen nicht unbedingt zustehen.

Gedrängt von parteipolitischen Erwägungen und zum Teil auch persönlichen Ambitionen hat die Mehrheit des Bundesrates bereits entschieden, die Ratifizierung des Deutschland-Vertrages und des Abkommens über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft von ihrer Zustimmung abhängig zu machen. Ob dieser Beschluß zu Recht besteht, darüber hat aber weder die Ländervertretung noch der Bundeskanzler zu entscheiden, sondern der Bundespräsident, der dazu ein Gutachten des Bundesverfassungsgerichtes einzuholen hat.

Dies ist nun inzwischen vorsorglich geschehen, möglicherweise sogar ein wenig zu spät, denn der Zeitpunkt der Regierung für die Ratifizierung dieser Verträge erscheint praktisch bereits gefährdet, weil ja auch der Abstimmungsmodus des Bundestages vom Urteil des Bundesverfassungsgerichtes abhängen wird. Wir haben in unseren Kommentaren schon vor fünf Wochen warnend auf die peinliche Situation verwiesen, die entstände, wenn das Verfassungsgericht gegen die Regierung entscheiden und praktisch die Unterschrift Dr. Adenauers unter den beiden Verträgen für nichtig erklären würde. Hieran hat sich inzwischen leider nichts geändert, nachdem die oberste Instanz der Bundesrepublik in Verfassungsangelegenheiten erst zu einem Zeitpunkt angerufen wurde, als der Bundeskanzler schon weitgehend vollendete Tatsachen geschaffen hatte.

So stehen wir heute also vor folgenden Umständen: Das Bundesverfassungsgericht wird in etwa 14 Tagen darüber befinden, ob die Klage der SPD, in der die Legitimation der Bundesregierung bezüglich eines Wehrgesetzes angezweifelt wird, überhaupt zulässig ist. Läßt das Gericht die Klage zu, dann ist damit noch lange nicht gesagt, ob die Verfassungsrichter später für oder gegen sie urteilen werden. Jedenfalls steht fest, daß bis zu einem solchen Entscheid noch Wochen verstreichen werden.

Wird die Klage der SPD abgewiesen, dann bedeutet dies ebensowenig eine Anerkennung des Standpunktes der Bundesregierung. Denn parallel dazu läuft ja der Auftrag an das Gericht, gutachtlich festzustellen, ob vor der Ratifizierung der Vertragswerke eine Änderung oder Ergänzung der Verfassung nötig ist. Der Karlsruher Erste Senat wird, wie im anderen Falle, auch in diesem geräumte Zeit benötigen, um eine Entscheidung vorzubereiten, die von allergrößter Tragweite sein wird.

Inzwischen wird am 20. Juni der Bundesrat in erster Lesung die beiden Vertragswerke behandeln und dabei beschließen, daß sie seiner Zustimmung bedürfen. Anfang Juli wird der Bundestag die erste Lesung der Ratifizierungsgesetze abwickeln, worauf wiederum der Bundesrat eingeschaltet wird. Dieser dürfte jedoch das Gutachten des Bundesverfassungsgerichtes abwarten, ehe er sich an die Weiterbehandlung der Vertragswerke macht, die außerdem eine zweite und dritte Lesung im Bundestag absolvieren müssen. Angesichts solch zeitraubender Verfahren ist es völlig ausgeschlossen, den ganzen Komplex bis zum 20. Juli, dem Beginn der Parlamentsferien, zu verabschieden. Es bleibt also nur die Wahl, entweder die Ferien zu verschieben oder den zweiten Teil der Beratungen erst Ende September bzw. Anfang Oktober stattfinden zu lassen.

Eng verwickelt mit diesen Problemen ist die neuerdings wieder akut gewordene Frage einer Deutschland-Konferenz mit den Sowjets. England und Frankreich haben sich für Verhandlungen entschieden, die USA folgen dabei aber nur zögernd ihren Partnern. Dabei tauchte der durchaus zweckmäßig erscheinende Gedanke auf, zuerst „höhere Regierungsbeamte“ zusammentreten zu lassen, um die

# FDP lehnt Pfeleiderers Thesen ab

Auch Scharfe Entgegnung aus Rheinland-Pfalz - Kritik am Bundesrat

letzte Instanz der Außenminister in der Hinterhand zu behalten. Um aber uferlose Debatten mit den Russen zu vermeiden, soll eine solche Konferenz nur stattfinden, wenn die Tagesordnung vorher genau präzisiert wird und Moskau sich mit der Abhaltung freier, gesamtdeutscher Wahlen einverstanden erklärt hat. Ob auf dieser Basis eine Einigung zustande kommt, ist jedoch nach wie vor fraglich, nachdem Botschafter Semjonow, der sowjetische Berater der Pankower Regierung, bereits angekündigt hat, man werde sich ausgiebig mit den Westmächten unterhalten. Was unter „ausgiebig“ zu verstehen ist, weiß man seit der letzten Vorkonferenz in Paris, auf der man sich monatlang vergeblich um die Tagesordnung einer Deutschland-Konferenz stritt, und nicht minder lieferten die Waffenstillstandsverhandlungen in Pan Mun Jon hierfür drastischen Anschauungsunterricht.

Die Amerikaner zeigen sich hierdurch allmählich gewitzigt. General Clark hat dieser Tage den Russen in Korea klipp und klar erklärt, er werde eine weitere Vertagung der Verhandlungen erzwingen, falls die Kommunisten nicht endlich konkrete Vorschläge machen, nachdem sie bisher alle Vorschläge der UN ablehnten. Kompliziert wird die Situation in Korea andererseits dadurch, daß es in den Gefangenenlagern dauernd zu Zwischenfällen kommt, die auf mancherlei „Fehler“ der Amerikaner bei der Behandlung ihrer Kriegsgefangenen schließen lassen. Und endlich gehört ins Bild der dortigen Lage auch die Schwierigkeiten, die der korrupte Diktator Syngman Rhee seinen Alliierten bereitet, indem er auf parlamentarische Gepflogenheiten pfeift.

Auch hierüber dürfte gesprochen werden wenn Außenminister Acheson in zehn Tagen mit Eden und Schuman in London zusammentrifft. Und die drei Minister haben auch noch weitere Punkte auf ihrem umfangreichen Programm, u. a. die Auswertung des Materials, das die französische Polizei bei ihren Razzien in kommunistischen Zentralen fand, die Besetzung des NATO-Kommandos im Mittelmeer, um das sich England und die USA streiten, die Lage in Ägypten und Iran und nicht zuletzt die delikaten Verhältnisse, die aus der Thronkrise in Jordanien entstanden sind. Die Politik gerät also in diesem Sommer nicht wie sonst in Ferien- und Hundstagszeiten in ruhigeres Fahrwasser, sondern sie treibt vielmehr Entscheidungen entgegen, deren Zukunftsträchtigkeit nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

## Wieder deutsche Dampfer vor Grönland

Kopenhagen (UP). Gegenwärtig kreuzen in den arktischen Gewässern vor Grönland zum ersten Mal seit 1939 wieder deutsche Fischdampfer. Von Bord der beiden Schiffe aus führen deutsche Wissenschaftler biologische und hydrographische Untersuchungen durch. Bis zum Ende des zweiten Weltkrieges war Deutschland Mitglied des Internationalen Rates für Meeresforschung, der im Herbst dieses Jahres sein 50jähriges Gründungsjubiläum begehen wird. Heute müssen derartige deutsche Unternehmungen noch auf die Hilfe und Erfahrung dieses internationalen Gremiums verzichten und ihre Expeditionen als Einzelgänger durchführen. Wie aus dem dänischen Ministerium für Fischereiwesen verlautet, soll sich die Bundesrepublik bereits um eine Wiederaufnahme in den Rat beworben haben.

## Talal vor der Alternative

Normaier Bürger oder kranker König  
Lausanne (UP). Die jordanische Regierung hat den kranken König Talal, wie von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, vor die Alternative gestellt, entweder als „einfacher Bürger“ nach Jordanien zurückzukehren oder aber sich wegen seiner Nervenkrankheit weiter behandeln zu lassen. Der jordanische Chef des Protokolls, Dr. Hafez Adull, habe dem König diese Vorschläge in einer geheimen Zusammenkunft unterbreitet und um eine Antwort innerhalb von drei Tagen ersucht. Talal hat am folgenden Tag sein Zimmer nicht verlassen und keine Mahlzeiten eingenommen. Königin Zain, die Gattin Talals, die sich vor ihrem Mann an einem unbebauten Ort in der Schweiz verbirgt, habe entgegen anderslautender Presseberichte die Schweiz nicht verlassen, wie der Gewährsmann weiter berichtet, und ist auch nicht in einer Klinik. Sie stehe unter Polizeischutz und habe nicht den Wunsch, das Land in absehbarer Zukunft zu verlassen.



Mosaadeg vor dem Haager Gerichtshof  
Vor dem Internationalen Gerichtshof im Haag begannen die Verhandlungen über den iranischen Ölkonflikt. Unser Bild zeigt den beigen Juristen Professor Rollin (links), der die Verteidigung Irans leitet, im Gespräch mit Mosaadeg.

Bonn (E.B.). Die Bundestagsfraktion der FDP hat sich gegen die von dem FDP-Abgeordneten Dr. Karl Georg Pfeleiderer in einer Rede in Waiblingen vertretene außenpolitische Konzeption ausgesprochen. Pfeleiderer hatte starke Bedenken gegen den Deutschlandvertrag und den Verteidigungsvertrag geäußert und sich für neue Verhandlungen eingesetzt, um ein neutrales Teildeutschland mit einer nationalen Armee zwischen einem im Osten von Sowjetrußland und im Westen von den Westmächten besetzten Gebiet zu erreichen. In der Aussprache der FDP-Fraktion fand Pfeleiderer keine Unterstützung. Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder der FDP-Fraktion sprach sich für eine Fortsetzung des bisherigen außenpolitischen Kurses der Bundesregierung aus.

Auch der FDP-Landesverband in Rheinland-Pfalz hat sich gegen die Vorschläge Pfeleiderers ausgesprochen. Für einen Landesverband, dessen Hauptgebiet links des Rheines liegt, sei es geboten, sich mit den Folgen zu befassen, die sich aus einer Dreiteilung Deutschlands ergeben könnten. Mit einer solchen Maßnahme würde der Fortschritt, der sich für die linksrheinischen Gebiete durch die Verbindung mit der Bundesrepublik ergeben habe, preisgegeben werden. Es würde zweifellos in dem seit einem Jahrtausend umkämpften treudeutschen Grenzland als eine arge Zumutung empfunden, heißt es in der Erklärung, wenn ausgerechnet durch ein deutsches Angebot das linksrheinische Schicksal von dem Schicksal des rechtsrheinischen

# Neue Isolierungsmaßnahmen angekündigt

Wird die Sektorengrenze dicht gemacht? - Zentrale Auftragsstelle für Berlin

Berlin (UP). Der Ostberliner Magistrat kündigte neue Isolierungsmaßnahmen an, durch welche die Westsektoren Berlins aus Ostberlin abgeschnitten werden sollen.

Der stellvertretende Bürgermeister von Ostberlin, Alfred Neumann (SED), erklärte, durch die „bedrohliche Entwicklung in Westberlin“ würde der Ostmagistrat gezwungen, „Schlußfolgerungen zu ziehen, um die Früchte des großartigen friedlichen Aufbaus vor den Mächtschaffern der Kriegstreiber zu schützen“. Welche Art die Maßnahmen sind, wurde nicht näher erläutert.

Berichte in der Ostberliner Presse, wonach Westberliner angeblich Sabotageakte in Ostberlin verübt hätten, und Neumanns Erklärung, daß der Westberliner Senat zu „terroristischen und faschistischen Polizeimethoden“ übergegangen sei, lassen jedoch darauf schließen, daß in Kürze auch mit der möglichen Schließung der Sektorengrenze innerhalb Berlins zu rechnen ist. Durch die bisherigen östlichen Isolierungsmaßnahmen war Westberlinern das Betreten der Sowjetzone verboten worden, während sie sich in Ostberlin noch frei bewegen konnten.

„Durch das Verhalten Adenauers ist die aktive bewaffnete Verteidigung des Friedens auf die Tagesordnung getreten“, erklärte der Sowjetzonen-Ministerpräsident Grotewohl auf einer Kundgebung im Ostberliner Friedrichstadtpalast. Die etwa 3000 in Marschkolonnen herangeführten Zuhörer klatschten im Takt Beifall, als Grotewohl neue Maßnahmen zur Sicherung der Ostzonenrepublik ankündigte.

Die Selbstblockade des in Westberlin gelegenen kommunistischen „Berliner Rundfunks“ wurde fortgesetzt. Seitdem die Engländer am Donnerstag die Passierschlepplinie für das Funkhaus eingeführt haben, kein kommunistischer Radiofunk mehr das Haus betreten. Etwa 25 Bundfunkantennen halten sich seit Mittwoch im Gebäude auf.

Die Sowjets ließen einen am Dienstag aus Westberlin entführten Gastwirt sowie einen in Ostberlin festgenommenen britischen Soldaten wieder frei. Die beiden dpa-Mitarbeiter Friedrich Weber und Günther Bratke, die gemeinsam mit dem freigelassenen Gastwirt mit Waffengewalt an der Zonengrenze festgenommen wurden, werden trotz eines energischen britischen Protestes nach wie vor von den sowjetischen Behörden festgehalten.

Die Einrichtung einer zentralen Auftragsstelle für Berlin kündigte Ministerialdirigent Fischer-Menzhausen vom Bundesfinanzministerium auf einer Pressekonferenz in Berlin an. Der Berliner Regierende Bürgermeister, Prof. Reuter, betonte in Bonn, die am Vortage in Westberlin geführten Verhandlungen zwischen Vertretern des Senats und dem Bun-

desfinanzminister hätten zu wesentlichen Fortschritten geführt. In der Frage einer formalen Ausdehnung der Transportgarantie in beiden Richtungen seien Fortschritte erzielt worden. Die Verhandlungen würden in der nächsten Woche in Bonn fortgesetzt.

Die Mehrheit der FDP-Bundestagsfraktion hat sich bei der oben erwähnten Beratung grundsätzlich für die Beibehaltung des bisherigen Bundeswahlrechts ausgesprochen. Durch ein etwas verbessertes kombiniertes System von Mehrheits- und Verhältniswahlrecht würden die Vorteile beider Wahlsysteme am besten gewahrt und neben der Durchsetzung des Gedankens der Persönlichkeitswahl auch das Prinzip der Stimmengerechtigkeit möglichst weitgehend erfüllt.

Die Bundesratsvorschläge zum Lastenausgleich werden in FDP-Kreisen als „völlig undiskutabel“ bezeichnet. Der Grundsatz des Bundesrates, daß Mittel der öffentlichen Hand nicht zum Lastenausgleich herangezogen werden sollen, sei weder in der Regierungsvorlage enthalten gewesen, noch habe ihn der Bundestag gebilligt. Dieser Grundsatz bedeutet nach Auffassung des FDP-Bundestagsabgeordneten Dr. von Golitschek die absolute Torpedierung des Gesetzes und eine Aufkommensminderung um jährlich 800 bis 700 Millionen. Sollte sich die Idee des Bundesrates im Vermittlungsausschuß durchsetzen, so ist, wie in Kreisen der FDP-Fraktion betont wird, damit zu rechnen, daß die Fraktion einen derartigen Vorschlag des Vermittlungsausschusses ablehnt.

Exil-CDU fordert konkrete Vorschläge  
Adenauer wartet auf den Antwort-Entwurf - Acheson verhandelt

Bonn (UP). Der Vorstand der Exil-CDU der Ostzone hat unter Vorsitz von Bundesminister Kaiser an die Bundesrepublik und die anderen Signatarstaaten der Verträge von Bonn und Paris die Forderung gerichtet, schon jetzt konstruktive Vorschläge für eine Wiedervereinigung Deutschlands auszuarbeiten, denen die Sowjetunion bei einer Vier-Mächte-Konferenz nicht werde ausweichen können.

In einer in Königswinter bei Bonn angenommenen Resolution spricht sich die Exil-CDU weiter dafür aus, die Politik der Stärkung der freien Welt fortzusetzen, da sie die Sowjetunion bereits verurteilt habe, durch ihre Noten aus der Reserve herauszutreten. Die „terroristischen Abschneidungsmaßnahmen“ in der Sowjetzone ständen allerdings nicht im Einklang mit den Friedens- und Einheitsbestrebungen des Kremls.

Es sei immer das Ziel des Bundeskanzlers gewesen, so erklärte der Bundespressescheff hierzu, die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Verhandlung mit den Sowjets über freie demokratische Wahlen und die Wiedervereinigung zu schaffen. Man müsse jetzt abwarten, welche Vorschläge für die Beantwortung der letzten Kreml-Note gemacht würden.

Wie man aus Washington erfährt, besprach Außenminister Acheson in getrennten Zusammenkünften mit den Botschaftern Englands und Frankreichs die Antwort der drei Westmächte auf die letzte Deutschlandnote der Sowjetunion. Aus diplomatischen Kreisen verlautet hierzu, die drei Mächte hätten sich dahingehend geeinigt, daß einer Deutschland-Konferenz mit der Sowjetunion nur dann zugestimmt werden könne, wenn der Kreml Bedingungen akzeptiere, die einen Erfolg dieser Konferenz garantieren.

Die Vertreter der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die in Paris über den Entwurf der Antwortnote der Westmächte an die Sowjetunion berieten, haben ihre Besprechungen bis auf weiteres unterbrochen. Wie aus zuverlässiger Quelle bekannt wird, werden die Westmächte ihre Vorschläge zum Text der Antwortnote von jetzt an unter Einschaltung diplomatischer Kanäle beraten und koordinieren.

Die Einberufungen würden durch das Wehrgesetz geregelt, für das eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag nicht notwendig sei. Im Parlamentarischen Rat habe sich auch die SPD für die einfache Mehrheit beim Entscheid über den Eintritt in ein System kollektiver Sicherheit ausgesprochen. Wenn der Eintritt in die Verteidigungsgemeinschaft die Verfassung nicht ändere, dann könne dies auch ein Wehrgesetz nicht bewirken.

Blank teilte mit, daß auf seinen Antrag hin in den Armee-Vertrag ein Artikel aufgenommen worden sei, der jedem Soldaten die Möglichkeit gäbe, einen Befehl zu verweigern, wenn er ihn für ungesetzlich halte. Die große Unbekannte bei der Einberufung der deutschen Rekruten sei der Tauglichkeitsgrad der in Frage kommenden Jahrgänge. Vor dem Kriege seien etwa 30 Prozent der Wehrdienstpflichtigen untauglich gewesen; möglicherweise liege der Satz jetzt höher. Auch werde es schwierig sein, für den Aufbau der deutschen Truppen die richtigen Offiziere zu finden. Sie müßten sowohl ihr Handwerk verstehen, gute Demokraten sein und sich auch

im Kriege bewährt haben. „Ich glaube“, sagte Blank, „dies wird gelingen, denn alle deutschen Offiziere sind nicht schlechthin Halunken gewesen.“

Die Wiederbewaffnung werde für die deutsche Wirtschaft weder ein großes Geschäft noch den Ruin bedeuten. Die Schuhindustrie stelle beispielsweise im Monat neun Millionen Paar Schuhe her; die 500 000 deutschen Soldaten benötigten aber nur einen Bruchteil dieser Produktion. Für die Anfangszeit sei man, insbesondere bei schweren Waffen, auf Rüstungslieferungen aus den USA angewiesen; erst später werde auch in Europa eine eigene standardisierte Rüstungsindustrie anlaufen. Blank teilte in diesem Zusammenhang mit, daß sich die Bundesrepublik beim Verteidigungskommissariat der Europa-Armee für die Einführung der bewährten deutschen Infanteriewaffen, wie des MG 42 und des Sturmgewehrs, einsetzen will. Blank betonte abschließend, daß es keinem Deutschen zugemutet werden könne, wieder Uniform zu tragen, ehe die Frage der deutschen „Kriegsverbrecher“ gelöst sei.

## Polen hat stärkste Satellitenarmee

Die polnische Armee ist heute die stärkste aller Streitkräfte der sowjetischen Satellitenstaaten in Europa, stellte der Marburger Professor und Experte für osteuropäische Fragen, Professor Dr. Seraphim, im „Bulletin“ der Bundesregierung fest. Nach seinen Untersuchungen gehören der polnischen Armee heute schätzungsweise 492 000 Mann und weitere 30 000 Mann Ausbildungspersonal an. An aktiven Soldaten und Reservisten bis zum 30. Lebensjahr stehen insgesamt 1 632 000 Mann zur Verfügung. Hinzu treten als einsatzfähige Truppen das Grenz- und Eisenbahnkorps, die Staatspolizei, die Einwohnermiliz und der polnische Arbeitsdienst, der die vormilitärisch ausgebildeten Jugendlichen im Alter von 16 bis 20 Jahren umfaßt. Die Sowjetunion habe neue Waffen geliefert und Instrukturen bis hinunter zu den Bataillonen zur Verfügung gestellt. Alle wichtigen Positionen bei den polnischen Streitkräften seien mit Russen besetzt.

## Feldmarschall Alexander in Seoul

Rhee besteht auf seinem Sendeverbot

Seoul (UP). Die vor zwei Tagen entbrannten heftigen Kämpfe an der koreanischen Mittel- und Westfront hielten in unverminderter Stärke an. Starke kommunistische Verbände versuchten vergeblich, mehrere Einbrüche der UN-Streitkräfte nördlich der Waffenstillstandslinie abzurufen. Während beide Seiten in erbitterte Gefechte verwickelt waren, besuchte der britische Verteidigungsminister Lord Alexander in Begleitung des Oberbefehlshabers im Fernen Osten, General Mark Clark, die rückwärtigen Stellungen der Front. In Seoul hatte der britische Feldmarschall eine längere Unterredung mit dem UN-Chefdelegierten bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Pan Mun Jon, General Harrison.

Die südkoreanische Regierung hat die amerikanische Botschaft in Pusan ersucht, sich erst zu dem Inhalt der „herausfordernden Sendungen“ der Stimme Amerikas zu äußern, ehe an Verhandlungen über eine Aufhebung des Sendeverbotes zu denken sei.

## Nehru kritisiert die Westmächte

Scharfer Angriff gegen Syngman Rhee

Neu Delhi (UP). Der indische Ministerpräsident Jawaharlal Nehru hielt vor dem Parlament eine außenpolitische Rede, in der er erneut die Neutralität Indiens betonte. Nehru kritisierte die Nordatlantikkpakt-Organisation und nannte sie eine „degenerierte Körperschaft, die den Kolonialismus verzwängt“. Zugleich befürwortete er eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit Indiens mit den USA, Großbritannien und den anderen Westmächten. Nehru wandte sich ferner gegen die Nicht-Behandlung der Tunesienfrage vor den UN. „Wir betrachten diesen Fall mit großem Ernst. Wenn es den Nationen ganz Asiens und Afrikas nicht gelingt, die Tunesienfrage zu erörtern, weil es einigen Großmächten nicht paßt, dann wird einmal die Zeit kommen, in der diese Mächte sich in ihren eigenen Organisationen glücklicher fühlen als in den Vereinten Nationen.“

Über Korea sagte Nehru: „Die gegenwärtige Tätigkeit Präsident Singmans Rhees ist sehr auffällig. Sie mußte die UN und die mit ihnen verbundenen Staaten auf den Gedanken bringen, wie unerwünscht es ist, sich mit solchen Menschen zu verbinden.“ Jede Unterstützung des Regimes von Syngman Rhee bedeute die Unterstützung von Kräften, die die UN bekämpfen wollen. Die Zukunft des Fernen Ostens und der Welt hänge vom Ausgang der Waffenstillstandsverhandlungen in Korea ab.



Der Hauptst. von St. Michael in Hamburg wurde jetzt, da er während des Krieges durch Bomben erschüttert wurde, gründlich renoviert

# 100 000 deutsche Berufssoldaten vorgelesen

Unter insgesamt 500 000 Mann - Blank erwartet Ratifizierung - Probleme der Aufrüstung

Bonn (E.B.). Der Sicherheitsbeauftragte der Bundesregierung kündigte an, daß in den 12 deutschen Divisionen der künftigen europäischen Streitkräfte ungefähr 100 000 deutsche Berufssoldaten Dienst tun werden. Die Aufstellung der deutschen Einheiten werde im Jahre 1954 abgeschlossen sein.

In weiteren Ausführungen vor der Auslandspresse betonte Blank die Höhe des deutschen Kontingents mit etwa 500 000 Mann, wovon 20 Prozent Berufssoldaten und Berufsunteroffiziere sein werden. Zunächst sollen nur Freiwilligenkader aufgestellt werden, wobei mit den ersten Einberufungen erst Anfang 1954 zu rechnen sei. Blank unterschied dabei zwischen sogenannten Stämmen und Kadern; die Stämme würden die Ausbildungseinheiten sein.

Als Ratifikationstermin des Verteidigungsvertrages im Bundestag gab Blank den Monat August an, wobei er die Hoffnung aussprach, daß die übrigen Staaten bis Spätherbst dem Vertrag zustimmen. Dann seien noch 12 Monate Vorbereitungszeit für die Aufstellung der deutschen Divisionen notwen-

dig. Die Einberufungen würden durch das Wehrgesetz geregelt, für das eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag nicht notwendig sei. Im Parlamentarischen Rat habe sich auch die SPD für die einfache Mehrheit beim Entscheid über den Eintritt in ein System kollektiver Sicherheit ausgesprochen. Wenn der Eintritt in die Verteidigungsgemeinschaft die Verfassung nicht ändere, dann könne dies auch ein Wehrgesetz nicht bewirken.

Blank teilte mit, daß auf seinen Antrag hin in den Armee-Vertrag ein Artikel aufgenommen worden sei, der jedem Soldaten die Möglichkeit gäbe, einen Befehl zu verweigern, wenn er ihn für ungesetzlich halte. Die große Unbekannte bei der Einberufung der deutschen Rekruten sei der Tauglichkeitsgrad der in Frage kommenden Jahrgänge. Vor dem Kriege seien etwa 30 Prozent der Wehrdienstpflichtigen untauglich gewesen; möglicherweise liege der Satz jetzt höher. Auch werde es schwierig sein, für den Aufbau der deutschen Truppen die richtigen Offiziere zu finden. Sie müßten sowohl ihr Handwerk verstehen, gute Demokraten sein und sich auch

## Umschau in Karlsruhe

### Verschiebung der Miet-Verordnung?

Karlsruhe (ZSH). Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe verlagte die Verhandlung über den Antrag der niedersächsischen Landesregierung die Nichtigkeit der Verordnung über Ausnahmen vom Mieterschutz festzustellen. Die Verlegung erfolgte, nachdem der Vertreter der Bundesregierung erklärt hatte, daß das Inkrafttreten der Verordnung erneut verschoben werde, falls der Bundestag dem vom Bundestag verabschiedeten Gesetz zur Regelung der Miet- und Pachtverhältnisse von Geschäftsräumen und gewerblich genutzten, unbebauten Grundstücken, nicht mehr vor dem 1. Juli zustimmen sollte.

### Aus der badischen Heimat

#### 68jähriger Wachmann getötet

Schußwechsel zwischen US-Soldat und Polizei Mannheim (Isw). Ein 68 Jahre alter Wachmann wurde in Mannheim bei einem Schußwechsel zwischen einem fliehenden farbigen Soldaten und einer Streife der amerikanischen Militärpolizei getötet. Die Streife hatte den Farbigen in einem Gasthaus in der Innenstadt festgenommen. Als er abtransportiert werden sollte, bedrohte er zwei Militärpolizisten mit einer Pistole und ergriff dann die Flucht. Die Polizisten gaben auf den fliehenden mehrere Schüsse ab. Dabei wurde der Wachmann, der sich gerade auf einem Rundgang befand, getroffen. Ein Funkstreifenwagen der deutschen Polizei schnitt dem Flüchtigen den Weg ab. Der Farbige, der bei der Schießerei leicht verletzt worden war, konnte von den Polizisten festgenommen und der Militärpolizei übergeben werden.

### Prozeß um 280 Tonnen Kaffee

#### „Der große Simon“ war Lieferant

Mannheim (Isw). Mehr als 200 Tonnen Kaffee, Kakao und Schokolade sollen die Lebensmittelgroßhändler Dr. Adolf Wellenreuther aus Mannheim und Alfons Kühne aus Oligheim bei Rastatt von Juli bis Oktober 1949 unverzollt und unversteuert weiterverkauft haben. Gegen diese Anklage haben sie sich in einem Prozeß vor verantworten, der vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Mannheim begann und voraussichtlich drei Tage dauern wird. Die Anklageschrift gegen die beiden Lebensmittelhändler umfaßt 80 Seiten. Zu der Verhandlung sind 31 Zeugen geladen worden.

Die beiden Angeklagten bestritten am ersten Verhandlungstag jede wissenschaftliche Steuerhelferei, verwickelten sich aber in der Beweisaufnahme mehrfach in Widersprüche. Aus den Aussagen des ersten Zeugen, eines „Geschäftsvermittlers“, ging hervor, daß der Kaffee aus Frankreich stammte und von heimischen Ausländern geliefert worden war. Das Oberhaupt der Lieferanten habe auf der Namen „Der große Simon“ gehört.

### Keine Beschlagnahmen in Rohrbach

Heidelberg (Isw). Die zuständigen Behörden beim Hauptquartier der amerikanischen Armee in Europa (EUCOM) haben auf Landbeschlagnahmen in Heidelberg-Rohrbach gänzlich verzichtet. Das große Rohrbach-Bauprojekt von EUCOM, in dessen Rahmen mehrere hundert Wohnungen für Zwecke der amerikanischen Armee gebaut werden sollen, soll nunmehr an einer anderen Stelle der Stadt verwirklicht werden, wo die Stadtverwaltung Baugelände zur Verfügung stellen kann. Ursprünglich hatten die Amerikaner geplant, in Rohrbach 80 Hektar besten Acker- und Gartenlandes zu beschlagnahmen. Auf Intervention der Stadtverwaltung, des Landes sowie einiger Bundesbehörden war es gelungen, die Hektarzahl des zu beschlagnahmenden Landes bis auf acht Hektar zu reduzieren. Weitere Interventionen haben bewirkt, daß das Rohrbach-Projekt nunmehr ganz fallengelassen wurde.

### SPD unterstützt Kandidatur Amanns

Heidelberg (Isw). Die Heidelberger SPD wird für die Oberbürgermeisterwahl am 11.



Hildegard Knef filmt wieder in Deutschland Nach Beendigung ihrer Filmverpflichtungen in Hollywood kehrte Hildegard Knef nach Deutschland zurück. Günther Stapenhorst übertrug ihr die Hauptrolle in dem Styria-Carlton-Film „Alraune“. Unser Bild zeigt die Filmschauspielerin bei ihrer Ankunft im Hotel Bayerischer Hof in München

## Für christliche Gemeinschaftsschule

### Ein Memorandum der evangelischen Oberkirchenräte Badens und Württembergs

Stuttgart (Isw). Die Oberkirchenräte der württembergischen und der badischen evangelischen Landeskirchen haben sich in einem gemeinsam ausgearbeiteten Memorandum für die Verankerung der christlichen Gemeinschaftsschule in der künftigen Verfassung Baden-Württembergs ausgesprochen.

Die Kirchen wünschen die Aufnahme folgender Bestimmung in der Verfassung: „Die öffentlichen Volksschulen sind christliche Gemeinschaftsschulen. Soweit in einem Landesteil hiervon abweichende Schulgesetze gelten, bleiben diese bis zu einer gesetzlichen Neuordnung des Schulwesens in Geltung.“

In dem Memorandum, das zur Zeit der Synode der Evangelischen Landeskirche Badens zur Beratung vorliegt, heißt es, daß vom kirchlichen Standpunkt die Bekenntnisschule zwar zu bevorzugen wäre, da aber in fast allen Gebieten des Landes Protestanten und Katholiken zusammenwohnten, sei die christliche Gemeinschaftsschule als die leistungsfähigere Form empfehlenswerter. Eine Abstimmung der Eltern über die Schulform würde das Schulwesen wenig fördern.

Stimmung der Eltern über die Schulform würde das Schulwesen wenig fördern.

### Kirchliches Mitspracherecht

In dem Memorandum fordern die Oberkirchenräte ferner, daß das Mitspracherecht der Kirchenleitung bei der Berufung, Beauftragung oder Zulassung theologischer Lehrer an den Universitäten gewährleistet wird. Vor allem in Württemberg habe die evangelische Kirche noch nicht das Recht, bei der Berufung oder Anstellung eines akademischen Lehrers der Theologie mitzuwirken. Dies sei ein Überbleibsel des Staatskirchentums, in dem die theologischen Hochschullehrer vom König ernannt wurden, der zugleich der Summus Episcopus war.

Den Kirchen soll schließlich in der Verfassung zuerkannt werden, daß sie „unter dem besonderen Auftrag Gottes stehen und Körperschaften des öffentlichen Rechts eigener Art sind“. Aus dieser Formulierung soll abgeleitet werden, daß die Kirche nicht wie die anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften dem Staat gegenüber in jeglicher Hinsicht verantwortlich sind.

## Hausputz an Schwarzenbach-Stauseemauer

500 Meter langer und 70 Meter hoher Riese erhält Betonschutzpanzer

Die Anziehungskraft der Stauseen und Talsperren ist geblieben. Vor 30 und mehr Jahren planten die Städter zu solchen idyllischen Plätzen, die sich mit der Technik gepaart hatten. Wochen vorher schon mit angeberischer „Generalstabekarte“, Wickelgamaschen oder Wadenstrümpfen regelrechte Tagesmärsche. Wenn's hoch kam, wurde vielleicht, wenn der Weg nicht allzu weit war, das „Stahlrohr“ genommen. Es lag und es liegt auch heute noch in der Struktur der Materie, daß sich gerade hier die Technik immer wieder der landschaftlich stillsten und zugleich reizvollsten Gegenden für ihre sehr nüchternen und realen Pläne aussuchte, um Naturkräfte huzuzüchten. Am grünen Tisch und in den Köpfen der Erbauer von Stauseen und Talsperren haben sich die aussergewöhnlichen Landschaftsbeden schon längst verändert, wenn die Bewohner und Wanderer ahnungslos sich dort erwehen.

So war es beim Bau der Edertalsperre, bei der Anlegung des Möhne-Staudamms, und so war es auch beim größten Bauwerk dieser Art im Nordschwarzwald, und so ist es auch in Frankreich, in den Alpenländern, kurz überall dort, wo sich der technische Fortschritt gewalttätige Naturkräfte dienbar machen will.

Vor rund 30 Jahren bemächtigte sich des stillen, wild-romantischen Schwarzenbach-Tales große Unruhe. Mit schiefem Blick wurden die Männer gemustert, die beim steilen Abstieg ins Murgtal Vermessungen anstellten, bevor Ingenieure ans Werk gingen, die Stausee selbst zu planen und zu errichten. Und eines Tages überfluteten dann riesige Wassermassen dieses Seitental der Murg in einer Ausdehnung von rund 80 ha.

Tausende und aber Tausende bestaunten in langen Jahrzehnten das Wunderwerk der Technik hoch über dem Talgrund. See und Staumauer fügten sich fast harmonisch und beinahe naturgewollt in die Landschaft ein. Der Zahn der Zeit nagte auch an diesem Koloss. Vier Jahre baute man an ihm. Von 1923 bis 1928. Aus rund 300 000 Kubikmeter Zement wurde er nach und nach geformt. Aber auch der Krieg hatte einige Spuren

hinterlassen. Jetzt sind in Tag- und Nachtarbeit Männer der Siemens-Werke tätig, um auf die nahezu 500 Meter lange und fast 70 m hohe Mauer, die in der Talsohle immerhin die respektable „Schubbreite“ von 43 Metern mißt, einen 30 cm starken Betonschutz zu legen. Von weitem sieht es aus, als ob es sich bei dem Gerüstgestänge um eine Streichholzkonstruktion handelte. Rollwagen befördern Materialien von einem Ende der Mauer zum anderen. Das Geräusch der Bohrmaschinen und der Luftgebläseaggregate findet ein vielfältiges Echo in den dunklen Wäldern ringsherum. Tief unten entdeckt man die letzten Reste der gestauten Wassermenge, die von den fast 15 Millionen Kubikmetern übriggeblieben sind, die man kürzlich aus dem Schwarzenbach-Stausee abgelassen hat.

Grau und braun sind die Farben des „Toten Tals“, in dem dennoch das Leben nicht erstarben ist. In wenigen Tagen wird sich ein hauchdünner Lebensfroher Schleier über den Boden gelegt haben. Aber nur für einige Wochen. Dann steigt das Wasser wieder Zentimeter um Zentimeter, und das Leben verankert erneut in den Fluten.

Wohl seine größte Belastungsprobe bestand der „Riese“ im Juli 1944, als ihm feindliche Flugzeuge einen Besuch abstatteten, der mehr als unerwünscht war: über 100 Bomben wurden ihm vor den leicht gewölbten Mauer-Leib gesetzt — er hielt, von kleineren Schäden abgesehen, stand, so daß die Wassermengen, die, wenn sie freigesprochen wären, Tod und Verderben ins Murgtal gebracht hätten, gebändigt blieben. Die Katastrophe der geborstenen Riesenmauer der Möhnetalsperre im Jahre vorher mit ihren Tausenden von Toten erlebte hier keine Neuaufgabe.

Damals wurden zwei Torpedo-Netze über den See gespannt. Zusammen mit den Bohnen, die sie einst hielten und den Blindgängern legen diese „Souvenirs“ auf dem Grund des Tals. 80 Tonnen Schrott sind übriggeblieben von jenem Flug, der die Staumauer vernichten sollte. Ein glütiges Geschick verhinderte aber, daß ein ganzes Tal mit allem Leben in einen riesigen Todessee verwandelt wurde.

Juli die Kandidatur des Ersten Bürgermeisters der Stadt, Josef Amann, unterstützen. Amann hat inzwischen seine Bewerbung eingereicht, nachdem ihm eine Delegiertenversammlung der SPD einstimmig dazu aufgefordert hatte. In einer Resolution der Delegiertenversammlung werden die umfassenden gemeindepolitischen Kenntnisse und Fähigkeiten Amanns hervorgehoben. Amann war im April 1948 zum Ersten Bürgermeister gewählt worden. Mit Ausnahme der Jahre von 1933 bis 1945 gehörte er seit 1924 ohne Unterbrechung dem Stadtrat an.

### Dachstuhl einer Molkerei niedergebrannt

Wertheim (Isw). Der Dachstuhl der Molkerei in Wertheim ist niedergebrannt, wobei ein Schaden von etwa 25 000 DM entstand. Die Einrichtungen der Molkerei blieben unversehrt. Die Brandursache konnte noch nicht geklärt werden.

### Bei der Heuernte tödlich verunglückt

Pforzheim (Isw). Beim Abmähen einer Wiese in der Nähe von Wilferdingen kippte ein Traktor um. Das Fahrzeug überschlug sich und begrub den Fahrer unter sich. Der Bedauernswerte erlitt so schwere Verletzungen, daß er an den Folgen des Unfalls im Krankenhaus starb.

### Mißgünstiger Raubüberfall

Bühl/Baden (Isw). Auf der Landstraße zwischen Kappelrodeck und Oberachern im Kreis Bühl wurde ein Kraftfahrer von einer Frau angehalten. Als er ausstieg, wurde er von einem plötzlich auftauchenden Mann niedergeschlagen. Ein Motorradfahrer, der sich in diesem Augenblick näherte, veranlaßte den Täter und die Frau zur Flucht. Sie konnten unerkannt erkommen.

### Schauspielerin nach Bremen verpflichtet

Freiburg (Isw). Die Schauspielvolontärin Christiane Harlan von den Städtischen Bühnen Freiburg ist für die Spielzeit 1952/53 an die Theater der Stadt Bremen verpflichtet worden. Christiane Harlan ist eine Tochter des Freiburger Professors Fritz Harlan, eines Bruders des Regisseurs Veit Harlan.

### Jugendleiter in Frankreich ertrunken

Freiburg (Isw). Der Landesjugendleiter der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft in Südbaden, Walter Tröcher, ist während eines

Aufenthaltes in Frankreich beim Baden in der Rhône bei Avignon ertrunken. Tröcher, der 24 Jahre alt wurde, befand sich mit einer Gruppe von 37 Jugendlichen aus Südbaden auf einer größeren Fahrt durch Frankreich. Die südbadische DAG-Jugend verliert mit Tröcher einen ihrer verdientesten Männer. Seiner Initiative verdankt sie unter anderem die „Kandelhölle“ der DAG-Jugend, die am 24. Mai dieses Jahres eingeweiht wurde.

### Einem Schmuggelring auf der Spur

Lörrach (Isw). In Lörrach wurden drei Personen festgenommen, die unter dem dringenden Verdacht stehen, Mitglieder eines weit verzweigten Schmuggelrings zu sein. Die Organisation soll sich vorwiegend mit der illegalen Einfuhr von Bohnenkaffee und dessen Absatz im Bundesgebiet befassen.

### Ein Maurer spielte „Kriminalbeamter“

Lörrach (Isw). Durch die Aufmerksamkeit zweier Frauen und eines Kraftfahrers konnte in Lörrach ein falscher Kriminalbeamter festgenommen werden. Der angebliche Beamte hatte zwei Frauen in einer dunklen Straße aufgefordert, ihre Papiere vorzuweisen. Er zeigte selbst einen angeblichen Polizeiausweis vor, den eine der Frauen jedoch als gewöhnliche Kennkarte erkannte. Als sie sich daraufhin weigerte, sich gegenüber dem Mann auszuweisen, und ihn aufforderte, mit zur Polizeiwache zu kommen, versuchte dieser, die Frau durch Einschüchterungen von ihrem Vorhaben abzubringen. Der Lenker eines Kraftwagens, dem die nächtliche Auseinandersetzung auffiel, machte einen Polizisten auf den Mann aufmerksam. Der angebliche Kriminalbeamte entpuppte sich auf der Polizeiwache als ein Maurer aus Lörrach.

### Streit um den Konstanzer Jachthafen

Konstanz (Isw). Schon kurze Zeit, nachdem mit dem Bau des Konstanzer Jachthafens an der Seestraße begonnen wurde, ist gegen das Projekt Einspruch erhoben worden. Die Gegner des Projekts erklären, durch die Mole des neuen Hafens werde der freie Blick auf die Stadt, den See und die Berge verbaut. Außerdem könne durch mangelnden Abfluß an der Seestraße eine Kloake entstehen, die die Gesundheit der Bevölkerung bedrohe. Das Landratsamt hat angeordnet, daß der Bau des

Jachthafens für acht Tage eingestellt wird. In der Zwischenzeit sollen alle Argumente geprüft und Sicherungsmaßnahmen erwogen werden.

### Reichenauer Bürgerwehr tritt wieder auf

Reichenau (Isw). Die historische Bürgerwehr der Insel Reichenau ist beim Blutfest zum erstenmal nach 11-jähriger Pause wieder aufgetreten. Die jahrhunderte alte Bürgerwehr hatte sich in den Revolutionsjahren 1848/49 für den badischen Großherzog eingesetzt, so daß sie im Gegensatz zu anderen Bürgerwehren damals nicht aufgelöst wurde und sich der besonderen Gunst des Hofes erfreute. Nach ihren alten Statuten hat die Bürgerwehr die Aufgabe, die kirchlichen und weltlichen Feste mit Paraden zu verschönern und die Insel in „Zeiten der Not und Gefahr“ zu schützen.

## Aus den Nachbarländern

### Die Leiter der Abwicklungsstellen

Stuttgart (Isw). Innenminister Ulrich, hat die Leiter der Abwicklungsstellen der bisherigen Innenministerien der drei ehemaligen südwestdeutschen Länder und der inneren Verwaltung Karlsruhe ernannt. Zum Leiter der Abwicklungsstelle des Innenministeriums im bisherigen Lande Württemberg-Baden wurde Ministerialdirektor Dr. Max Fetzter bestellt. Leiter der Abwicklungsstelle der inneren Verwaltung in Freiburg wurde der bisherige südbadische Innenminister Professor Dr. Alfred Schühly. Zum Leiter der Abwicklungsstelle in Tübingen wurde Staatsrat Professor Dr. Theodor Eschenburg berufen. In Karlsruhe übernahm die Leitung der Abwicklungsstelle der inneren Verwaltung Ministerialrat Walter Staiger.

Landwirtschaftsminister Herrmann hat zu Leitern der Abwicklungsstellen der Landwirtschaftsverwaltungen in den bisherigen drei südwestdeutschen Ländern und im Landesbezirk Nordbaden berufen: in Stuttgart Ministerialrat Karl Sinn, in Freiburg den bisherigen Landwirtschaftsminister Alfons Kirchgässner, in Tübingen Regierungsdirektor Dr. Eugen Wilhelm und in Karlsruhe Ministerialrat Dr. Franz Herren.

### Ministerialrat Ströle im Ruhestand

Stuttgart (Isw). Der Leiter der Kanzlei der Staatsministerien in Stuttgart, Ministerialrat Karl Ströle, tritt Ende Juni in den Ruhestand. Zu seinem Nachfolger wurde Ministerialrat Dr. Otto Mayer von der Staatskanzlei in Freiburg bestellt. Ministerialrat Ströle, der am 6. März 1887 in Benzenzimmern im Kreis Aalen geboren wurde, kam schon im September 1919 in das Stuttgarter Staatsministerium. Im Jahre 1928 wurde er zum Kanzleidirektor ernannt. Bei der Neubesetzung des Staatsministeriums im September 1945 wurde Ströle wiederum mit der Leitung der Kanzleidirektion betraut. Um den Neuaufbau der Verwaltung des bisherigen Landes Württemberg-Baden nach dem Zusammenbruch hat er sich große Verdienste erworben.

### Zwangsarbeit für US-Soldaten

Schwäbisch Gmünd (Isw). Ein 21 Jahre alter Unteroffizier der amerikanischen Garnison in Gmünd wurde wegen Vergewaltigung eines deutschen Mädchens vom Militärgericht zu zwei Jahren Zwangsarbeit, unehrenhaftem Ausschluss aus der Armee und Sperrung des Gehalts verurteilt. Der Soldat hatte eine 23jährige zu einer Autotour eingeladen und sie in der Nähe von Pfersbach vergewaltigt und durch Schläge verletzt. Der zwei Tage dauernden Verhandlung wohnten mehr als 200 Zuhörer bei.

### Handstand beim Treppenbohren

Göttingen (UP). Einen Kopfstand auf dem Küchentisch führte der 30jährige Artist Hermann Helm einer verblüfften Hausfrau vor, bei der er als Stundenhilfe im Hausputz tätig ist. Während des Kopfstandes nahm Helm die Teller der Mittagsmahlzeit und überübte sie im Abwaschwasser. Einer anderen Hausfrau zeigte Helm den einarmigen Handstand, während er zugleich die Treppe bohrerte und den Fußboden spiegelblank putzte. Der Artist gehört der bekannten Rivellers-Truppe an, die den einmaligen Hakenhang barfuß im Schwung am Trapez ausführt. Helm gilt in Göttingen wegen seiner artistisch schnellen und guten Arbeit im Hausputz als „Reinemachermann“ der (für den Stundenlohn von 80 Pfennig) doppelt so schnell arbeitet wie seine weiblichen Konkurrentinnen.



Großfeuer bei Tauberbischofsheim Unser Bild: Die bis auf die Grundmauern niedergebrannten Häuser bieten einen tröstlichen Anblick

Aus der christlichen Welt

Gottes Stimme oder Materialismus?

Weltkonferenz der moralischen Aufrüstung Der Initiator der „moralischen Wiederaufrüstung“, Dr. Frank Buchman, erklärte vor 100 Delegierten der auf der Mackinac-Insel (Michigan) abgehaltenen Weltversammlung der moralischen Wiederaufrüstungsbewegung...

Mut zur Einfachheit

Ein Aufruf des Evangelischen Hilfswerks Der Leiter des Zentralbüros des „Evangelischen Hilfswerks“, Dr. Herbert Krimm, Stuttgart, appelliert in Dulsburg an die Bevölkerung der Bundesrepublik...

Zwischen dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und den Landesförsterverwaltungen wurde ein Programm für den Holzeinschlag im Forstwirtschaftsjahr 1953 (1. Oktober 1952 bis 30. September 1953) vereinbart...

Schäffer: Länder haben Überschüsse

1,2 Milliarden Defizit im Bundeshaushalt

Auf die angebliche Notwendigkeit einer Erhöhung des Bundesanteils an den Einkommen- und Körperschaftsteuern der Länder von bisher 27 Prozent auf 40 Prozent weist das Bundesfinanzministerium in seinen „Finanzpolitischen Mitteilungen“ erneut hin...

Der Holzeinschlagplan für 1953

Immer noch keine Beschränkungen Zwischen dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten...

Fortbestand der EZU gesichert

OEEC-Ministerrat beendet Konferenz

Der Ministerrat des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC) beendete seine zweiteilige Sitzung in einer Pressekonferenz legte der Ministerrat seine Pläne für die künftigen Operationen der EZU nach dem 30. Juni 1952, dem ursprünglichen Endtermin für die Tätigkeit der EZU dar...

„Betet für die Gefangenen“

In einem Hirtenwort wenden sich die deutschen Bischöfe an alle Gläubigen, im Monat Juni besonders um die Erlösung der Gefangenen zu beten und dafür zu sorgen...

„Betet für die Gefangenen“

In einem Hirtenwort wenden sich die deutschen Bischöfe an alle Gläubigen, im Monat Juni besonders um die Erlösung der Gefangenen zu beten und dafür zu sorgen...

„Betet für die Gefangenen“

In einem Hirtenwort wenden sich die deutschen Bischöfe an alle Gläubigen, im Monat Juni besonders um die Erlösung der Gefangenen zu beten und dafür zu sorgen...

„Betet für die Gefangenen“

In einem Hirtenwort wenden sich die deutschen Bischöfe an alle Gläubigen, im Monat Juni besonders um die Erlösung der Gefangenen zu beten und dafür zu sorgen...

„Betet für die Gefangenen“

In einem Hirtenwort wenden sich die deutschen Bischöfe an alle Gläubigen, im Monat Juni besonders um die Erlösung der Gefangenen zu beten und dafür zu sorgen...

„Betet für die Gefangenen“

In einem Hirtenwort wenden sich die deutschen Bischöfe an alle Gläubigen, im Monat Juni besonders um die Erlösung der Gefangenen zu beten und dafür zu sorgen...

„Betet für die Gefangenen“

In einem Hirtenwort wenden sich die deutschen Bischöfe an alle Gläubigen, im Monat Juni besonders um die Erlösung der Gefangenen zu beten und dafür zu sorgen...

„Betet für die Gefangenen“

In einem Hirtenwort wenden sich die deutschen Bischöfe an alle Gläubigen, im Monat Juni besonders um die Erlösung der Gefangenen zu beten und dafür zu sorgen...

„Betet für die Gefangenen“

In einem Hirtenwort wenden sich die deutschen Bischöfe an alle Gläubigen, im Monat Juni besonders um die Erlösung der Gefangenen zu beten und dafür zu sorgen...

„Betet für die Gefangenen“

In einem Hirtenwort wenden sich die deutschen Bischöfe an alle Gläubigen, im Monat Juni besonders um die Erlösung der Gefangenen zu beten und dafür zu sorgen...

„Betet für die Gefangenen“

In einem Hirtenwort wenden sich die deutschen Bischöfe an alle Gläubigen, im Monat Juni besonders um die Erlösung der Gefangenen zu beten und dafür zu sorgen...

„Betet für die Gefangenen“

In einem Hirtenwort wenden sich die deutschen Bischöfe an alle Gläubigen, im Monat Juni besonders um die Erlösung der Gefangenen zu beten und dafür zu sorgen...

„Betet für die Gefangenen“

In einem Hirtenwort wenden sich die deutschen Bischöfe an alle Gläubigen, im Monat Juni besonders um die Erlösung der Gefangenen zu beten und dafür zu sorgen...

Wirtschafts-Nachrichten

erklärt, nach der Belegung von vier 2600 internen eines Zeitraumes von fünf Jahren 130 Millionen Dollar erhöht. Für 30 Millionen Dollar soll Belgien militärische Ausrüstungsgegenstände in Großbritannien und Frankreich bestellen.

Der Rat beschloß ferner, daß Norwegen und Irland die beiden Vizepräsidenten nominieren sollen, die dem neuen Ratspräsidenten Anthony Eden zur Seite stehen werden. Für die Exekutive des Ministerrates sollen die deutsche Bundesrepublik, Holland, Italien, Schweden, Österreich und die Türkei Vertreter nominieren. Der deutsche Delegierte Dr. Karl von Mangoldt wurde zum Vorsitzenden des EZU-Direktoriums gewählt.

Großbritanniens EZU-Kredit erschöpft

Bundesrepublik schloß am günstigsten ab

Die krisenhafte Entwicklung der Außenhandelsbeziehungen Großbritanniens mit den übrigen westeuropäischen Staaten ist in ein neues Stadium getreten. Die Europäische Zahlungsunion (EZU) gab bekannt, daß die britische Verbindlichkeit gegenüber der EZU mit 1,998 Milliarden Dollar die ursprünglich eingekaufte Gesamt-Kredit-Quote (1,96 Milliarden) überschritten hat. Großbritannien mußte im Mai im Handel mit den übrigen EZU-Staaten ein Verrechnungsdefizit von 49,4 Millionen DM hinnehmen.

Wieder Zentralstelle für Gütezeichen

Vertreter der Bundesregierung, der Spitzenorganisationen der Wirtschaft und der Gewerkschaften haben auf einer Sitzung in Köln beschlossen, den „Ausschuß für Lieferbedingungen und Gütezeichen“ (RAL) wieder zur Beratung, begutachtenden und registrierenden Zentralstelle für Gütezeichen zu erklären. Zugleich wurde auf dieser zur Neukonstituierung des RAL einberufenen Sitzung ein RAL-Beirat gebildet.

Niklas: Ernteausichten günstig

Bundesernährungsminister Niklas hat dem Kabinett über die Ernteausichten in der Bundesrepublik berichtet, die er als „günstig“ bezeichnete. Wenn das Wetter keinen Strich durch die Rechnung mache, sei, wenn auch nicht mit einer Rekorderte, so doch mit einer „guten Ernte“ zu rechnen.

Weitere Preisenkürzungen in Frankreich

Die französische Regierung hat weitere Preisenkürzungen bekanntgegeben, die in erster Linie der Landwirtschaft zugute kommen sollen. So wurden die Preise für Handelslammrinder um 2,7 bis 9,9 Prozent ermäßigt. Der Preis für Ställe, die zur Herstellung von landwirtschaftlichen Geräten, Maschinen und Traktoren Verwendung finden, werden um 9 bis 10 Prozent herabgesetzt.

Wirtschaft in Kürze

Die deutschen Stände auf der Kanadischen Mustermesse in Toronto scheinen das Hauptinteresse der kanadischen Öffentlichkeit zu erregen. Die deutschen Aussteller erzielen nicht nur einen wirtschaftlichen, sondern auch einen moralischen und politischen Erfolg für Deutschland.

Die Bauarbeiten an den Anlagen des brasilianischen Mannesmann-Werks bei Belo Horizonte im Staate Minas Gerais, der Sociada Mannesmann S.A., sind jetzt begonnen worden. Das Stahlwerk, das mit Krupp-Steiner-Rotary-Ofen ausgerüstet werden soll, wird in der ersten Phase 300 deutsche Techniker beschäftigen.

Über drei Milliarden Gegenwertmittel

Hauptsächlich für Investitionen verwendet

Bis zum 30. November 1951 sind der Industrie und der Landwirtschaft in der Bundesrepublik und in Westberlin über drei Milliarden DM aus Marshallplan-Gegenwertmitteln zugeflossen, wie aus einem Bericht der MSA-Sondermission in Deutschland hervorgeht. Die Mittel sind rund 90 000 Firmen, Institutionen und Einzelpersonen in Form von Krediten und Zuschüssen zur Verfügung gestellt worden. Hauptsächlich dienen die Mittel Investitionsvorhaben.

Änderung der Investitionshilfe geplant

Die Regierungskoalition hat beschlossen, im Bundesrat einen Antrag auf Änderung des Investitionshilfegesetzes einzubringen, um das Gesetz der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage der aufbringenden Wirtschaft anzupassen. Die Änderungen betreffen vor allem die Zinsen der Aufbringungsbeträge, die Zinsen der Aufbringungsbeträge steuerfrei zu belassen; die ausgegebenen Wertpapiere sollen früher als ursprünglich beabsichtigt zum Börsenhandel zugelassen werden.

Verbesserung des Konsumbrottes geplant

Zur Förderung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Bevölkerung des Bundesgebietes wird zwischen dem Bundesernährungsministerium und Vertretern der zuständigen Behörden und Wirtschaftskreise gegenwärtig über eine Anreicherung des Brotes mit Eiweiß diskutiert. Es ist daran gedacht, dem Brotmehl ein geringes Maß an Eiweiß zuzusetzen. Diese Eiweißzugabe soll zunächst nur dem Konsumbrot beigegeben werden.

Förderung der Bodenuntersuchungen

Die Düngewirtschaft wird aus ERP-Mitteln zwei Millionen DM für Bodenuntersuchungen im Bundesgebiet erhalten. Vor allem die kleineren Landwirte sollen hierdurch angeregt werden, Bodenuntersuchungen in größerem Ausmaß als bisher vornehmen zu lassen. Die Bauern werden für die Untersuchung des Bodens je Probe bis zu 1,50 DM erstattet erhalten.

Kopf lag ein wenig tief zwischen hohen Schultern...

und das Mädchen war noch zu jung, um durch die äußere Mißgestaltung hindurch den inneren Wert ganz erkennen und würdigen zu können. Marieli besaß einen ausgesprochenen Schönheitssinn, und der war auch schuld daran, daß sie dem schmucken Niklaus über Jahr und Tag und über jede Trennung hinweg so anhängen mußte, mögen sonst zwei Jahre für ein junges, ungeduldiges Herz auch lange sein. Vielleicht kann man nur dann so demütige Liebe empfinden, wenn man von unten kommt und der Glanz des Reichtums zusätzlich alles verzaubert. Sicher ist jedenfalls, daß zwischen Niklaus und Marieli die ganze Zeit über nicht die mindeste Verbindung bestand, und daß der junge Burisch kaum je einen Gedanken an das Mädchen verschwendete.

So stand Marieli, selbst für die Mutter überraschend, eines Tages wieder vor der Burackentür, und es dauerte gute vier Wochen, bis die Alte endlich die Wahrheit aus ihr herauspresen konnte. Da zeigte es sich dann zum erstenmal, mit welcher Grundverschiedener Einstellung die beiden Frauen an solche Fragen herangingen. Die Alte sah nach ihrem harten, arbeitserfüllten Leben nur die Geborgenheit einer gesicherten Existenz, die hier leichtsinnig angesprochen wurde, und hatte in ihren Sorgen vergessen, wie es in einem jungen, ungebildeten Menschenherzen stürmen und blühen konnte.

Während Marieli der Lochhäuserin als Hausmagd diente und ihr jeden Wunsch von den Augen ablas, in dem brennenden Verlangen vor ihr bestehen zu können, erlebte sie in aller Heimlichkeit ein unbegreifliches Wunder: Niklaus wandte sich ihr zu. Was wollte so ein unschuldiges Kind von Unterschied zwischen Liebe und Spielerei, zwischen Ernst und Juggendtreumerei? Sie hatte ja als Maßstab nur ihre eigene treue Liebe. Wie hätte sie Niklaus mißtrauen können, wenn er ihr süßtesterte, er verbräue vor Verlangen nach ihr, seit sie gekommen, sei er vor lauter Liebe krank? Wunder kommen nur selten zu armen Leuten, man verlange nicht, daß sie ihnen widerstehen. Wenige Wochen lang schöpfte Marieli des Lebens vollste Seligkeit aus, vom ersten Liebeswort, vom ersten Kuß bis zu jener Nacht, da sie nach schamhaftem Strüben endlich Niklaus in ihre Kammer einließ, einfach, weil sein Wille der stärkere war. Was oft haben tragische Begebenheiten eine so einfache Ursache! Das Schicksal sah der Liebhaft zwischen dem Tschinggen-Marieli und dem Bauernsohn mit unbegreiflichen Augen zu und sorgte durch allerlei unbedenkbare Zufälle schon in der ersten Nacht dafür, daß der Bauer hinter die Sache kam.

(Fortsetzung folgt)

Roman von Doris Eicke:

Das Herz muß schweigen

2. Fortsetzung

„Angstlichkeit ist etwas für Behütete, für das Tschinggen-Marieli paßte sie nicht. Nein, für sich selbst empfand sie keine Furcht, wohl aber umkreisten die Gedanken in angstvoller Liebe ihr Kind, das Eveli. Deutlich sah Marieli es vor sich, dieses schmale, zierliche Wesen mit den schwarzen Zöpfen um den Kopf und den großen, dunkelblauen Augen. Ja, die Augen waren das einzige, was an den Vater erinnerte, doch auch sie nur in der Farbe. Evelis Augen waren trübsinnig und ernst; in den Augen des Vaters aber hatte sich einst aller Leichtsinns übermütiger Jugend gespiegelt. Nein, nicht daran denken! Was ging sie dieser Mann noch an? Das Eveli gehörte ihr, ihr allein. Aus Eigenem hatte sie das Kind großgezogen; das war ihr Stolz. Kein Mensch konnte kommen und sagen, daß er ein Anrecht hätte auf das Eveli. Sie hätte alles allein getragen: das Entsetzen der ersten Cowflichkeit, daß das Kindlein in ihr wuchs, unabänderlich, schicksalhaft, die verzweifelte Angst vor dem Kommenden. Aber die Natur selbst hatte ihr geholfen, die tief eingewurzelte Menschenfurcht zu überwinden. Fast über Nacht blühte, als die Zeit fortgeschritten war, eine zärtliche Erwartung in ihrem Herzen auf, so daß sie sich dem kleinen kommenden Leben mit Innigkeit zuwenden mußte. Die innerliche Wandlung vom fast noch kindhaften Mädchen zur Mutter vollzog sich in ihr mit der plötzlichen Heftigkeit eines Naturgeschehens, so daß sie ihr Unglück auf einmal wie eine heimliche Gnad empfinden durfte und daraus eine große Kraft gewann. Gott allein wußte, wie nötig sie diese brauchte; in einem Dorf kennt einer den anderen und sitzt über ihn zu Gericht. Tapfer, mit zusammengebissenen Zähnen hatte sie das Gerede der Leute ertragen, die böhnischen Blicke, die wie Feuer auf der Haut brannten.

Ja, in dieser Zeit hatte Marieli sie alle genau kennengelernt, die streng Moralischen, die nichts als Verachtung für sie empfanden, die Leicht-

sinnigen, die ein heimliches Eioverständnis mit ihr suchten, und endlich jene Barmherzigen, die in guter Meinung auf sie eintraten, den Vater des Kindes heranzuziehen und einen Teil der Bürde auf ihn abzuladen. Stumm hatte sie alles über sich ergehen lassen, das eine wie das andere. Niemand hätte es verstanden, wenn sie gesagt hätte, für einen solchen Bittgang sei sie zu stolz. Einer ledigen Mutter billigte niemand ein Recht auf solche Gefühle zu, am wenigsten, wenn sie so bettelarm war, wie das Tschinggen-Marieli.

In der ganzen Gemeinde war kein Mensch im Zweifel darüber, wer der Vater dieses Kindes sei: Niklaus natürlich, der Bauernsohn aus dem Loch. Als Marieli noch in die Schule ging, hatte es ihm schon angehangen; es hatte einfach nicht anders gekonnt. Italienische Mädchen entwickeln sich früh. Marielis Gefühl war schon voll tiefen Ernsten, als das der anderen Mädchen noch nichts war als Ahaung und Spiel. Tag und Nacht hatte sie den schönen, schlanken Burschen im Sinn gehabt, aber immer nur heimlich und fast so, als sei diese Liebe ein Frevel. Der Bauer im Loch besaß die einzige Mühle im Tal. Das meiste Land in der Gemeinde und die beiden Höfe zwischen den Schluchten, die er an kleine Bauern verpachtet hatte, gehörten ihm, außer dem Betrieb, der ihm selber als Heimbrot diente. Niklaus war sein einziger Sohn, neben ein paar Töchtern. Wie hätte das Barackenkind, das Tschinggen-Marieli, je im Ernst die Augen zu ihm erheben dürfen? Niklaus ließ sich die schone Anbetung des fremdartigen Kindes gutmütig gefallen und sah von seiner Höhe gnädig auf dieses Stücklein Armut hinab, mehr nicht. Dann war Marieli nach der Schule zwei Jahre ins Welschland gekommen, auf einen mittleren Bauernhof im Neuenburgischen als Dienstmagd, zu guten Leuten. Wäre Niklaus nicht gewesen, so hätte sie dort Wurzeln geschlagen; denn die Witfrau, der das Anwesen gehörte, hatte einen beiratfähigen Sohn, der Marieli gar zu gern zu seiner Frau gemacht hätte. Er war ein ausnehmend guter Mensch, aber sein